

AöW-Forderungen zur Bundestagswahl 2017 – So stehen die Parteien und Kandidaten dazu:

Die AöW hat den in den letzten zehn Jahren in einer Bundesregierung oder im Bundestag vertretenen Parteien ihre [Forderungen zur Bundestagswahl 2017](#) zugesandt. **CDU, CSU, SPD, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und einzelne Kandidaten** haben geantwortet. Wir haben außerdem die Wahlprogramme dieser Parteien genauer ausgewertet. Die wichtigsten Aussagen haben wir hier zusammengefasst und je Partei die prägnanteste Aussage eines/einer Kandidaten/in:

Nach Ansicht von **CDU/CSU** hat Deutschland im Umweltschutz in den vergangenen Jahren Enormes erreicht und geleistet. In vielen Teilen der Welt gebe es jedoch große Probleme, an deren Lösung gearbeitet werden müsse. CDU/CSU werden die Agenda 2030 durch die bereits erarbeitete Nationale Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen. CDU/CSU treten für internationale Handelsabkommen ein. Sie wollen CETA (EU-Kanada) mit Leben erfüllen und ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA anstreben. Bei der erneuerbaren Stromerzeugung sind sie für eine konsequente Fortführung der marktwirtschaftlichen Heranführung und Systemintegration. Die Sektorenkopplung soll weiterentwickelt werden.

Christoph Bernstiel, Mitglied des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) (Kandidat aus Sachsen-Anhalt): „[...] Als Mitglied im Aufsichtsrat der halleischen Stadtwirtschaft (entsandt über die CDU-Stadtratsfraktion) weiß ich, wie wichtig und komplex das Thema Wasserversorgung ist. Daher freut es mich, dass Sie Ihre Forderungen so konkret formuliert haben.“

Die **SPD** will sich für saubere Gewässer einsetzen. Trinkwasser und Gesundheit haben oberste Priorität und sie hätten daher ein unbefristetes Verbot unkonventionellen Frackings erreicht. In den Freihandelsabkommen und im Europäischen Binnenmarkt soll die kommunale Daseinsvorsorge abgesichert werden. Die SPD ist für technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen in der Energiepolitik und für die stärkere Berücksichtigung von Gas und KWK. Die Energiesektoren sollen in der Energiewende stärker verbunden werden (Verkehr und Wärme einbeziehen). In der Umsetzung der UN-Agenda 2030 (SDGs) soll der gerechte Zugang zu Land, Wasser und Fischgründen erreicht und in der Energiepolitik die dezentrale demokratisch kontrollierte Versorgung in den Entwicklungs- und Schwellenländern gefördert werden.

Mathias Stein (SPD-Kandidat aus Schleswig-Holstein): "[...] Als gelernter Wasserbauer und aktiver Gewerkschafter hege ich sehr viel Sympathie für Ihre Forderungen. Wasser ist ein wertvolles Gemeingut uns darf auch aus meiner Sicht nicht Profitinteressen unterworfen werden."

Die Linke unterstützt die meisten AöW-Forderungen zur Bundestagswahl 2017. Keine Unterstützung gibt es beim Thema EEG-umlagenfreie Eigenstromversorgung. Eigenstromanlagen sollten nicht unverhältnismäßig privilegiert werden. Eigenverbrauchsprivilegien für die Industrie sollten nach Ansicht von Die Linke abgeschafft werden. Sie setzen sich vielmehr für die Errichtung eines Energiefonds ein, in dem die hohen Kosten für die Technologieentwicklung steuerfinanziert werden sollen.

Kerstin Kühn (Kandidatin, Die Linke aus Brandenburg): "[...] Insbesondere Ihre Forderungen hinsichtlich der Entlastung und der Sicherung von Unternehmen der öffentlichen Hand findet meine volle Unterstützung. Eine Privatisierung von Aufgaben der öffentlichen Daseinsfürsorge lehne ich grundsätzlich ab. Es muss insbesondere das Wasser geschützt und die Trinkwasserversorgung gesichert werden."

Bei **Bündnis 90/Die Grünen** steht Umwelt ganz vorne im Wahlprogramm und die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage wird mehrfach betont. Bündnis 90/Die Grünen möchte gegen Mikroplastikeinträge in Gewässern vorgehen, erwähnt wird dazu „[...] zugleich braucht es in Klärwerken Filterstufen zur Entfernung von Plastikpartikeln.“ Die Hersteller von problematischen Medikamenten, Chemikalien und umweltschädlichen Pestiziden sollen zur Schadensbeseitigung mit in die Verantwortung genommen werden. Bündnis 90/Die Grünen fordern einen Neustart bei den Freihandelsabkommen. Beim Thema „globale Herausforderungen“ wird eine Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge abgelehnt. Die Grünen sehen öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) kritisch, weil die Praxis zeige, dass sie oftmals teurer seien und die staatliche Kontrolle verloren gehe. ÖPP müssten so angelegt sein, dass sie nicht zur Umgehung der Schuldenbremse und zu Mehrbelastungen der öffentlichen Haushalte führen.“.

Britta Haßelmann, MdB (Kandidatin von Bündnis 90/Die Grünen aus NRW): „Wir teilen Ihre Forderungen. [...] Die Wasserversorgung darf nicht privatisiert werden, sondern muss in öffentlicher Hand bleiben. Nur so ist die hohe Qualität, die unser Trinkwasser hat, und der Preis für unser Trinkwasser auch zu halten. [...] Auch was die Frage der Wasserqualität anbelangt sind wir – wie Sie – für ein Verursacherprinzip. [...] Auch für die von Ihnen geforderte Streichung der EEG-Umlage auf den Eigenstrom setzen wir uns ein (sofern er aus erneuerbaren Energiequellen stammt).“

Die **FDP** steht für den Schutz des wichtigsten Lebensmittels, des Wassers. Der Grundwasserschutz sei dafür existentiell. Einträge müssten immer dort reduziert werden, wo eine Gefährdung vorliegt. Es gelte das Verursacherprinzip. Die FDP spricht sich für Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) im Verkehrsbereich aus. Für die Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft vertrauen sie vor allem auf die Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit der Privaten. Durch Freihandel sollen die Chancen genutzt und die multilateralen, rechtbasierten Handelsbeziehungen auf WTO-Ebene gestärkt werden. Das EEG soll beendet werden – bereits geförderte Anlagen sollen Bestandschutz genießen. Die FDP will die Potenziale der Verknüpfung von Strom, Wärme, Mobilität und Rohstoffen sowie deren Infrastrukturen („Sektorkopplung“) marktwirtschaftlich nutzen.

Dr. Christoph Hoffmann, Bürgermeister Gemeinde Bad Bellingen (FDP-Kandidat aus Baden-Württemberg): „[...] als amtierender Bürgermeister teile ich Ihre Forderungen selbstverständlich vollumfänglich. Dazu: Frischwasser muss in öffentlicher Hand bleiben. Gerne nehme ich Ihre Forderungen auch als Bundestagskandidat auf und kann sie hoffentlich auch bald im Bundestag vertreten.“

Autoren: Dr. Durmus Ünlü / Christa Hecht, AöW
Berlin, 14.09.2017